FRAUEN POLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.

PRESSEMITTEILUNG DES FRAUENPOLITISCHEN RATES LAND BRANDENBURG E.V. (FPR)

Potsdam, 10.12.2025

DIE ÜBERJÄHRIGE FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNGS-ARBEIT IST KEIN LUXUS!

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg hat nach wie vor mit finanziellen Unsicherheiten zu kämpfen. Gemeinsam mit der Kontakt- und Koordinierungsstelle für Mädchenarbeit im Land Brandenburg (KuKMA), der Koordinierungsstelle des Netzwerks der brandenburgischen Frauenhäuser (NbF) und der Kontaktstelle der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Brandenburg (KIKO) **kämpft der Dachverband** seit Monaten **um eine dreijährige Förderung**. Diese wurde jedoch nicht gewährt - nicht, weil es haushaltsrechtliche Bedenken gibt, sondern weil es dem politischen Willen des aktuellen Ministeriums für Gesundheit und Soziales (MGS) entspricht.

Obwohl seitens der Ministerin für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg, Britta Müller, den vier "Projekten" nun vorerst eine Förderung für 2026 bewilligt wurde, steht eine Absicherung für die schwierigen, weil unter noch höherem Sparzwang stehenden Haushaltsjahre 2027 und 2028 durch die Freigabe der in diesem Jahr eingestellten Verpflichtungsermächtigungen 2027 und 2028 noch aus. Die Ministerin lehnt dies nach wie vor konsequent ab. Der Frauenpolitische Rat ist alarmiert: Alle Voraussetzungen sind gegeben **- jedoch der Wille fehlt!**

Es gehe der Ministerin hierbei um eine "Gleichbehandlung" innerhalb der Förderpolitik zwischen den Frauen- und Familienverbänden, da nicht allen Verbänden im Land diese Instrumente der Absicherung zur Verfügung stehen und diese zudem sehr uneinheitlich gefördert werden.

Aber: **Die überjährige Förderung ist kein Sonderfall der Frauen- und Gleichstellungspolitik.** Zwischen 2021 und 2024 erhielten auch die Familienverbände eine überjährige Förderung. Dass diese ab 2025 nicht mehr gewährt wurde, hat nicht nur zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursacht, sondern massive Unsicherheiten geschürt – mit der Folge, dass der Brandenburger Ableger des Verbands für alleinerziehende Mütter und Väter (VAMV), ein zentraler Familienverband und Mitgliedsorganisation des FPR, seine Tätigkeit zum Jahresende einstellen musste.

Als Dachverband aller Frauen- und einiger Familienverbände im Land kennen wir die Unterschiede der Förderpraxis. Wir arbeiten eng zusammen, tauschen Bedarfe aus und lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Unsere gemeinsame Position lautet seit Jahren: Wir brauchen gleiche – und zwar gleich gute – Bedingungen, um verlässlich arbeiten zu können: eine überjährige Förderung, Tariftreue und Eingruppierungen nach Qualifikation, nicht nach übrigem Etat! **Gleichbehandlung darf nicht zur Gleichschlechtbehandlung werden.**

Auch die Bilanz der Ministerin in der Pressemitteilung des MGS vom 8. Dezember 2025 nach ihrem einjährigen Wirken im Ministerium zeigt auf: **Frauen, Mädchen, Gleichstellung oder Gewaltschutz spielten in 2025 offenbar keine Rolle.** Sie fehlen gänzlich in der Bilanz! Auch im Ausblick fehlen den Verbänden hier die Verbindlichkeiten. **Dies schafft weiterhin massive Unsicherheiten**: Wird die aktuelle "Frauen- und Gleichstellungsministerin" Britta Müller diese Themen soweit aus den Augen verlieren, dass der neue Standort und die Existenz der Verbände am Alten Markt 6 in Potsdam ins Wanken gerät?

Ein Vertrauensbeweis wäre ein Bekenntnis zur überjährigen Förderung 2026 - 2028 und somit zu einem kontinuierlichen Fortbestand der verlässlichen Arbeit für Gleichstellungsthemen im Land Brandenburg gewesen. Am heutigen Tag der Menschenrechte möchten wir noch einmal darauf hinweisen: **Frauenrechte sind Menschenrechte!** Damit sind sie keine freiwillige Leistung, sondern staatliche Pflicht.

„Menschenrechte haben kein Geschlecht!“ (Hedwig Dohm, 1876)

Quellen:
10. (öffentliche) Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (03.12.2025, TOP 11 und 12 ab ca. 07:01:30)
15. (teilweise öffentliche) Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (04.12.2025, TOP 4 ab ca. 05:38:00)
Pressemitteilung 176/2025 des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg (08.12.2025)

Hintergrund
Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. (FPR) ist ein Zusammenschluss von derzeit 26 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Wir sind partei- und konfessionsübergreifend und vertreten die Interessen von ca. 300.000 organisierten Frauen im Land. Gemeinsam setzen wir uns für politische Chancengleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter ein.

Kontakt
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V. (FPR)
Alter Markt 6 │14467 Potsdam
Telefon (0331) 280 35 81
E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de │ Internet: www.frauenpolitischer-rat.de